

Antrag 24/I/2022**AfA Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Tarifverträge im öffentlichen Dienst zusammenführen und sozial gerecht gestalten**

1 Im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen
2 gibt es unterschiedliche Tarifverträge. Die Tarifbeschäftig-
3 ten der Länder sind im „Tarifvertrag für den öffentlichen
4 Dienst der Länder“ (TV-L) und in Hessen im TV-H gere-
5 gelt. Für die Tarifbeschäftigten im Bereich des Bundes und
6 der Kommunen gilt der TVöD „Tarifvertrag für den öffent-
7 lichen Dienst“.

8
9 Das Nebeneinander unterschiedlicher (Flächen-
10)Tarifverträge für die Beschäftigten im öffentlichen
11 Dienst führt zu Ungerechtigkeiten und unnötigen Kon-
12 kurrenzsituationen. Dies ist nicht mehr zeitgemäß und
13 vor dem Hintergrund des erheblichen Fachkräftebedarfs
14 auch im öffentlichen Dienst nicht mehr zielführend.

15
16 Wir fordern daher, dass durch einen Flächentarifvertrag
17 die Tarifstruktur und die Arbeitsbedingungen im öffent-
18 lichen Dienst schnellstens vereinheitlicht und verbessert
19 werden. Länder, Kommunen und Bund müssen gute und
20 attraktive Arbeitgeber sein, die durch eine einheitliche Ta-
21 rifstruktur und sehr gute Arbeitsbedingungen, den Wett-
22 bewerb um die Beschäftigten auch in der Zukunft erfolg-
23 reich bestreiten können.

24
25 Wir fordern, dass sich Sozialdemokraten*innen, die politi-
26 sche Verantwortung im Bund, den Ländern und den Kom-
27 munen tragen, dafür einsetzen, dass diese Forderungen
28 auf der Arbeitgeberseite umgesetzt werden.

Begründung

29
30 Die Tarifgemeinschaft auf Seiten der Arbeitgeber wur-
31 de 2006 aufgelöst. Seitdem existieren im öffentlichen
32 Dienst zwei unterschiedliche Flächentarifverträge und die
33 Tarifverhandlungen finden getrennt voneinander statt.
34 Seinerzeit sind die Länder aus der Verhandlungsgemein-
35 schaft mit Bund und Kommunen ausgestiegen. Der Hin-
36 tergrund war rein haushalterischer Natur. Auf Kosten der
37 Tariflöhne sollten durch Einsparungen die Haushalte der
38 Länder saniert werden.

39
40
41 In den letzten Tarifrunden vor Corona wurden die Verbes-
42 serungen der Haushaltssituationen der Länder auch ein-
43 wenig an die Beschäftigten weitergegeben und es wurden
44 solide Tarifiergebnisse erzielt. Mit Blick auf die während
45 der Corona-Pandemie aufgenommenen Schulden der Län-
46 der wurden aber in der letzten Tarifrunde erneut eher ma-
47 gere Tarifvereinbarung getroffen. Stattdessen wollte die

48 Arbeitgeberseite den Arbeitsvorgang der unteren Einkom-
49 mensgruppen neu bewerten.

50

51 Die unattraktive Tarifstruktur der Länder, die nebenein-
52 ander bestehenden Tarife im öffentlichen Dienst und die
53 unterschiedlichen Nettoeinkommen von Tarifbeschäftig-
54 ten und Beamten führen immer mehr dazu, dass für Be-
55 schäftigte in den Ländern die Verbeamtung die Möglich-
56 keit ist, mehr Einkommen zu erhalten. Wenn aber die Ver-
57 beamtung allein dazu dient, Beschäftigte zu halten, weil
58 sie mehr Geld bekommen, wird auch dies nicht auf Dau-
59 er von Erfolg gekrönt sein. Denn neben der Frage, in wel-
60 chen Berufen verbeamtet wird, wie z. B. bei den Lehrer*in-
61 nen wird es als nächstes den Wettbewerb geben, welches
62 Land am meisten zahlt. Damit wird eine Lohn- bzw. Be-
63 soldungsspirale in Gang gesetzt, die eigentlich kein Land
64 gewinnen kann.

65

66 Die Berlin-Zulage für alle Beschäftigten des Landes ist
67 zwar ein Schritt zur Attraktivitätssteigerung des öffentli-
68 chen Dienstes im Land, birgt aber die Gefahr 2025 aus der
69 Tarifgemeinschaft der Länder zu fliegen, wenn Berlin dann
70 nicht diese Zulage aufgibt. Daher ist auch hier eine alleinige
71 Abweichung einzelner Länder auf Dauer nicht zielfüh-
72 rend.

73

74 Gerade Corona hat nochmals verdeutlicht, wie wichtig ei-
75 ne zuverlässige, ausreichende und engagierte Daseinsvor-
76 sorge ist.

77 Bereits jetzt gehen viele Beschäftigte in der privaten Wirt-
78 schaft wie auch im öffentlichen Dienst in den Ruhestand.
79 Der Kampf um neue Arbeitnehmer*innen hat längst be-
80 gonnen und wird sich in den kommenden Jahren noch er-
81 heblich verschärfen.

82 Wenn der öffentliche Arbeitgeber hier mithalten und mit
83 gutem Beispiel für gute Arbeit vorangehen will, muss das
84 Tarifsysteem im öffentlichen Dienst an diese neuen Anfor-
85 derungen angepasst werden.